

BUNDESGERICHTSHOF

IV 24 72/67

B e s c h l u ß

in der Entschädigungssache

der Frau Elise Rajala F [REDACTED],
[REDACTED]/Belgien, [REDACTED], Rue S [REDACTED]

Klägerin und Beschwerdeführerin,

- Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt Dr. jur.
[REDACTED], [REDACTED]

gegen

das Land Nordrhein-Westfalen,
vertreten durch die Landesrentenbehörde Nordrhein-
Westfalen, Düsseldorf, Fannestraße 26,

Beklagten und Beschwerdegegner.

Der IV. Zivilsenat des Bundesgerichtshofs hat in seiner Sitzung vom 21. Juni 1967 unter Mitwirkung des Senatspräsidenten Ascher und der Bundesrichter Mees, Witten, Dr. Graf und von der Mühlen beschlossen:

beschlossen:

Die sofortige Beschwerde der Klägerin gegen die Nichtzulassung der Revision im Urteil des 15. Zivilsenats des Oberlandesgerichts Düsseldorf vom 11. Oktober 1966 wird zurückgewiesen.

Die Entscheidung ergeht gebühren- und auslagenfrei; die außergerichtlichen Kosten des Beschwerdeverfahrens trägt die Klägerin.

146

gericht mit mit Recht die Revision nicht zugelassen.

In Unrecht ist die Klägerin der Auffassung, daß die Entscheidung des Berufungsgerichts von der ethnischen Zugehörigkeit des erkennenden Gerichts zur Frage der Flüchtlingseigenschaft im Sinne der Genfer Konvention abweiche. Zutreffend ist insbesondere die Auffassung des Berufungsgerichts, daß dem Verfolgten eine Rückkehr in sein Heimatland nur dann nicht aussteht, wenn die von ihm befürchteten Verfolgungsmaßnahmen als Staatsverbrechen anzusehen sind. Von dieser Auffassung abzuweichen, liegt auch nach erneuter Prüfung kein ausreichender Grund vor. Richtig ist allerdings, daß ein staatliches Unrecht dann in Betracht zu ziehen ist, wenn der Staat den Verfolgten vor den befürchteten Verfolgungsmaßnahmen zwar schützen will, dies aber aus tatsächlichen Gründen nicht kann. Das Berufungsgericht hat jedoch diese entscheidende Frage nicht verneint. Es hat sich nicht mit der Feststellung begnügt, daß der polnische Staat antisemitische Anordnungen der Bevölkerung nach dem zweiten Weltkrieg nicht gebilligt und nicht erzwungen habe, sondern es hat gerade auch geprüft, ob die polnische Regierung auch tatsächlich in der Lage war, solche Anordnungen mit Erfolg zu verhindern. Das ergibt sich zweifelsfrei aus den Ausführungen des Berufungsgerichts auf Seite 13 und 14 der Entscheidungsgutachten. Auf Seite 13 führt das Berufungsgericht aus, daß in den Jahren 1945 und 1946 vereinzelte und örtlich begrenzte Judenfeindliche Anordnungen in Polen stattgefunden hätten. Nachdem das Berufungsgericht zunächst feststellt, daß diese Anordnungen von der polnischen Regierung weder veranlaßt, gefördert, gebilligt oder sonstwie gebilligt

worden seien, weist es ausdrücklich darauf hin, daß nach seinen Feststellungen der polnische Staat gegen diese antisemitischen Ausschüsse eingeschritten und sie mit Erfolg unterbunden haben. Auf Seite 14 führt das Berufungsurteil aus, daß es der Meinung Dr. Geilkes, die polnische Regierung sei in den ersten Jahren nach dem Kriege nicht in der Lage gewesen, ihre jüdischen Bürger gegenüber antisemitischen Ausschreitungen in Schutz zu nehmen, nicht folgen könne. Die polnische Regierung sei vielmehr, wie aus den von Gericht genannten historischen Quellen folge, nicht nur energisch gegen diese Ausschreitungen vorgegangen, sondern es sei ihr auch gelungen, die antisemitischen Strömungen so einzudämmen, daß sie jegliche Bedeutung verloren hätten. Nach alledem läßt das Urteil des Berufungsgerichts zur Frage, ob die Klägerin im Falle einer Rückkehr nach Polen antisemitische, als Staatsunrecht anzurechnende Verfolgungsmaßnahmen zu befürchten haben würde, keinen rechtlichen Irrtum erkennen. Das Urteil des Berufungsgerichts stimmt vielmehr mit der ständigen Rechtsprechung des erkennenden Senats überein. Eine Rechtsfrage, zumal eine solche von grundsätzlicher Bedeutung, stellt sich daher nicht. Das Berufungsurteil weicht auch nicht von der ständigen Rechtsprechung des erkennenden Senats ab.

166

Die sofortige Beschränkung ist aus diesen Gründen
mit der Kostenfolge aus dem §§ 225 Abs. 1 SPO und
97 SPO zurückzuweisen.

Insber

Wilder